



## **Gleiches Geld für gleiche Arbeit!**

Gleiches Geld für gleiche Arbeit!  
Zum "Equal Pay Day" erklären Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin und Astrid Rothe-Beinlich, Frauenpolitische Sprecherin und Mitglied im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Das Lohngefälle ist inakzeptabel: Frauen in Deutschland verdienen im Schnitt immer noch 22 Prozent weniger als Männer. Das ist EU-weit ein beschämender drittletzter Platz. Die öffentliche Debatte über die Lohndiskriminierung von Frauen muss sich endlich in politischem Handeln niederschlagen. Wir brauchen ein Gesetz zur Entgeltgleichheit und bessere Rahmenbedingungen: Eine umfassende Investition in Quantität und Qualität der Kinderbetreuungsangebote, das Rückkehrrecht auf eine Vollzeitstelle sowie eine gesetzlich verbindliche Frauenquote. Statt der Als-ob-Politik der Merkel Koalition nach dem Motto 'freiwillige Verpflichtung zur Selbstverpflichtung' braucht es auch bei der Lohngerechtigkeit eine verbindliche Durchsetzung und eindeutige Sanktionen.  
Der Gender Pay Gap ist ein Thema, das über den 'Equal Pay Day' hinaus 365 Tage im Jahr aktives politisches Handeln erfordert. Auch die notwendige gesellschaftliche Debatte über Rollenbilder und Familienarbeit lässt sich nicht auf ein symbolisches Datum begrenzen. Denn Frauen wollen mehr - und sie verdienen mehr!"  
PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Bundesvorstand  
Dr. Jens Althoff, Pressesprecher  
Platz vor dem Neuen Tor 1 \* 10115 Berlin  
Email: <mailto:presse@gruene.de>  
Tel: 030 - 28442 130 \* Fax: 030 - 28442 234  
[http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pnr\\_=526914" width="1" height="1"](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=526914)

## **Pressekontakt**

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

## **Firmenkontakt**

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.